

Geschäftszahlen:

BKA: 2022-0.021.238

BMKOES: 2022-0.307.708

BMEIA: 2022-0.250.103

16/9

Zur Veröffentlichung bestimmt

Vortrag an den Ministerrat

Humanitäre Krise in der Ukraine und Nachbarländer; Bereitstellung von Mitteln aus dem Hilfsfonds für Katastrophenfälle im Ausland (Bundesgesetz über den Hilfsfonds für Katastrophenfälle im Ausland)

Der am 24. Februar 2022 begonnene russische Angriffskrieg auf die Ukraine ist nicht nur eine eklatante Verletzung des Völkerrechts, sondern hat vor allem eine landesweite akute humanitäre Krise und die größte Flüchtlingsbewegung in Europa seit dem 2. Weltkrieg ausgelöst.

Neben den steigenden Opferzahlen unter der Zivilbevölkerung haben laut Angaben des UNHCR im Zeitraum 24. Februar bis 23. April über 5,1 Millionen Menschen Zuflucht jenseits der Landesgrenzen gesucht. Laut IOM sind mehr als 7,7 Millionen Menschen intern Vertriebene (IDPs), darunter 2,8 Millionen Kinder. Frauen und Kinder sind den Gefahren von geschlechtsspezifischer Gewalt und Menschenhandel ausgesetzt.

Durch die mutwillige, verheerende Zerstörung ganzer Städte und immenser Schäden an der lebensnotwendigen Infrastruktur in weiten Teilen des Landes ist der Bedarf an humanitärer Hilfe für die Zivilbevölkerung in der Ukraine rapide angestiegen. Besonders für die vulnerabelsten Menschen unter den IDPs, denen es an Unterkünften und Zugang zur lebensnotwendigen Versorgung mangelt, hat sich die Situation drastisch verschlechtert. Am schwersten betroffen sind Frauen und Kinder, Menschen mit Behinderungen sowie die zahlreichen Verwundeten, Kranke sowie ältere und gebrechliche Menschen. Das bereits vor Ausbruch der COVID-19 Pandemie fragile Gesundheitssystem ist nunmehr schwer angeschlagen.

Die Kontaminierung durch die weltweit geächteten Landminen und explosive Kriegsrückstände hat seit Beginn des russischen Angriffskriegs stark zugenommen und stellt ein weiteres lebensgefährliches Hindernis für den Zugang der Zivilbevölkerung zu essenzieller Infrastruktur dar.

Die humanitären Organisationen konzentrieren sich derzeit auf Soforthilfe, die Bereitstellung von Notunterkünften, die Versorgung mit Wasser und Lebensmitteln und die grundlegende medizinische Versorgung, die mit einem stark erhöhten Bedarf für die vielen Verwundeten enormen Belastungen ausgesetzt ist. Laut UNICEF sind von den mindestens 15,7 Millionen Menschen in der Ukraine, die akut humanitäre Hilfe zum Überleben benötigen, zumindest 3 Millionen Kinder. UNICEF rechnet damit, dass diese mit Nahrung, Wasser, kindgerechter medizinischer Versorgung sowie Schutzimpfungen, Bildung und psychosozialer Betreuung in Folge ihrer Traumatisierung durch Krieg und Flucht geholfen werden muss.

Die von den Flüchtlingsströmen betroffenen Nachbarländer der Ukraine haben Vertriebenen aus der Ukraine im großzügigen Ausmaß Zuflucht gewährt, allen voran Polen, das mit Stand 23. April 2,9 Millionen Vertriebene aus der Ukraine aufgenommen hat. Gemessen an seiner Bevölkerungszahl hat jedoch Moldau die höchste Anzahl von Vertriebenen aus der Ukraine aufgenommen. Für das kleine, 2,6 Millionen Einwohner zählende Land stellen die 100.000 Menschen (die Hälfte davon Kinder) eine enorme logistische und finanzielle Belastung dar.

Humanitäre Organisationen erwarten einen weiteren Anstieg der Flüchtlingszahlen. Die Nachbarstaaten der Ukraine benötigen dringend Hilfe der internationalen Gemeinschaft, um ihre Aufnahme- und Versorgungskapazitäten aufrechterhalten zu können.

Die Bundesregierung sagte die Verdoppelung aller privaten Spenden, die bis 18. April bei „Nachbar in Not“ eingehen, aus den Mitteln des Auslandskatastrophenfonds zu.

Österreich unterstützt im Sinne seiner humanitären Tradition und angesichts der akuten Notlage in der Ukraine sowie der enormen Zahl an Vertriebenen die Anstrengungen der humanitären Organisationen in der Ukraine und in den betroffenen Nachbarländern.

Projekte zur Linderung der humanitären Notlage insbesondere von Frauen und Kindern sollen mit mindestens EUR 15 Mio. finanziert werden, Projekte im besonders betroffenen Moldau mindestens EUR 5 Mio. erhalten.

Die Auswirkungen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine haben gravierende humanitäre Konsequenzen weit über die Region hinaus. So steigen die Preise für Grundnahrungsmittel in den Staaten des Nahen Ostens und Nordafrikas durch das Ausbleiben von Exporten aus der Ukraine und der Russischen Föderation dramatisch an. Das Welternährungsprogramm (WFP) rechnet mit einem Mehrbedarf von USD 71 Mio. pro Monat, um die Menschen in der Region, die bereits von humanitären Krisen betroffen sind, mit dem Notwendigsten zu versorgen.

Zur Bekämpfung der humanitären Krise in der Ukraine und der Flüchtlingskrise in den Nachbarländern der Ukraine sowie der resultierenden Ernährungskrise im Nahen Osten und Nordafrika ist ein österreichischer Beitrag von insgesamt EUR 45,96 Millionen aus Mitteln des Hilfsfonds für Katastrophenfälle im Ausland vorgesehen, der mit dem Bundesgesetz über den Hilfsfonds für Katastrophenfälle im Ausland (Auslandskatastrophenfondsgesetz), BGBl. I Nr. 23/2005, errichtet wurde und die Aufgabe hat, Maßnahmen im Zusammenhang mit Katastrophenfällen im Ausland zu finanzieren, die der Beseitigung von Katastrophenschäden und der humanitären Hilfe dienen. Über die Verwendung der Mittel dieses Fonds entscheidet gemäß § 3 dieses Gesetzes in jedem einzelnen Katastrophenfall die Bundesregierung. Die Abwicklung des Betrages soll im Wege der Austrian Development Agency (ADA) erfolgen.

Im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen stellen wir daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle beschließen, zur Bekämpfung der humanitären Krise in der Ukraine und der Flüchtlingskrise in den Nachbarländern der Ukraine sowie der resultierenden Ernährungskrise im Nahen Osten und Nordafrika

- EUR 41,96 Mio. der Stiftung Nachbar in Not
EUR 4 Mio. dem Welternährungsprogramm (WFP) zu gleichen Teilen für den Libanon, Syrien, Jemen und Libyen

zur Verfügung zu stellen.

3. Mai 2022

Karl Nehammer, MSc
Bundeskanzler

Mag. Werner Kogler
Vizekanzler

Mag. Alexander
Schallenberg, LL.M.
Bundesminister